

## EUROPA DER MÄRKTE ODER DER MENSCHEN? Ein anderes Europa ist möglich.

1. Ein leistungsfähigeres Europa braucht  
eine andere Wirtschaftspolitik ..... 20
2. Arbeitslosigkeit in Europa ist hauptsächlich  
konjunkturell bedingt ..... 24
3. Eine andere Wirtschaftspolitik in  
Europa ist möglich ..... 28

Auszug aus WISO 2/2004

**isw**

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Weingartshofstraße 10  
A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: [wiso@ak-ooe.at](mailto:wiso@ak-ooe.at)

Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

**Ortrun Gauper**

Expertin im Stab des  
ver.di-Vorsitzenden  
Frank Bsirske für  
Europäische und  
Internationale  
Wirtschaftspolitik

### 1. Ein leistungsfähigeres Europa braucht eine andere Wirtschaftspolitik

#### *Ausgangslage*

Seit der Idee eines gemeinsamen europäischen Binnenmarktes möchte Europa die USA in seiner Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit überflügeln, um damit sein soziales und ökologisches Gesellschaftsmodell absichern zu können. Doch der direkte Vergleich mit den USA und Japan spricht eine andere Sprache. Hinter der europäischen Wirtschaft liegen drei schmerzliche Stagnationsjahre. Prognosen beruhigen uns mit der Aussicht, dass die Konjunktur bald wieder anzieht. Aber das europäische Wachstum stagniert bei 0,6 %, während die USA bereits 3,6 % Wachstum verzeichnen. In Europa liegt die Arbeitslosigkeit bei etwa 8 %, währenddessen die Performance der USA bei 5,7 % viel leistungsfähiger erscheint.

#### *rigide, angebotsorientierte Wirtschaftspolitik*

Die Grundzüge der europäischen Wirtschaftspolitik, das sind Empfehlungen der Europäischen Kommission (geregelt unter Art. 99 des EU-Vertrages), beurteilen, wie die Mitgliedstaaten ihre Wirtschaftspolitiken ausrichten sollen. Diese Empfehlungen erklären den Mitgliedstaaten seit ihrer Existenz Anfang der neunziger Jahre immer wieder dasselbe. Unabhängig vom jeweiligen Konjunkturzyklus sind es drei zentrale Forderungen, die symptomatisch für die rigide, angebotsorientierte Wirtschaftspolitik der Union sind:

- Stabilitätspolitik ist notwendig, d. h., Ausgabenbegrenzungen sollen den Mitgliedstaaten helfen, ihre Budgets mittelfristig ausgeglichen zu gestalten.
- Strukturreformen, d. h. zunehmende Liberalisierung und Deregulierung der Märkte, beleben die europäische Wirtschaft. Auf den Arbeitsmärkten sollen die Strukturreformen vorangetrieben werden, um die mangelnde Mobilität der ArbeitnehmerInnen, die zu großzügigen Sozialleistungen und die inflexible Vermittlung Erwerbsloser zu bekämpfen.

- Lohnpolitische Zurückhaltung über regionale und branchenmäßige Lohnspreizungen, betriebliche Tarifpolitik und moderate Lohnzuwächse. Konkret wird dies so formuliert: „Die Nominallohnerhöhungen müssen mit Preisstabilität und Produktivitätsgewinnen vereinbar“ sein. Dabei wird zum einen die Inflationsangst des Rates und der Kommission deutlich, zum anderen wird unterstellt, dass die Unternehmensinvestitionen in der Vergangenheit vor allem aufgrund der geringen Gewinnmargen zurückgeblieben sind.

Diese Grundzüge der Wirtschaftspolitik stellen die makroökonomische Flankierung der beschäftigungspolitischen Leitlinien dar. Die beschäftigungspolitischen Leitlinien sind reine Arbeitsmarktpolitik und diesen Grundzügen unterworfen, d. h., sie müssen sich an den Grundzügen orientieren. Diese angebotsorientierte Makropolitik hat im letzten Jahrzehnt genau das Gegenteil bewirkt von dem, was sie hätte leisten sollen: Europa wächst nicht und es werden keine Jobs geschaffen. Das Hauptproblem Europas heute ist die fehlende Nachfrage.

*Folgen der falschen Makropolitik*

Die folgenden Erkenntnisse stammen von den Schlussfolgerungen der Strukturindikatoren, welche die Umsetzung der Lissabon-Strategie prüfen:

### **1.1. Wachstumschancen sinken**

So ist vor dem Hintergrund enormer Strukturreformen (Binnenmarktliberalisierung, verschärfter Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Diensten sowie moderate Lohnentwicklung zur Sicherung der Währungsstabilität) das europäische Potenzialwachstum von 2,8 % in den achtziger Jahren auf 2 % in den neunziger Jahren gefallen. In den letzten drei Jahren lag das Wachstum sogar unter 2 %. Mit dieser Politik hat Europa, was die Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt pro Kopf) betrifft, in den letzten zehn Jahren im Vergleich zu den USA stark verloren.

*Europa hat gegenüber USA verloren*

## 1.2. Produktivität geht verloren

*Steuerung der  
Wirtschaftspolitik  
für stabiles  
Wachstum  
notwendig*

Doch eine Steuerung der Wirtschaftspolitik und ein stabiles Wachstum sind notwendige Voraussetzungen für soziale Sicherheit und ausreichende Beschäftigung. Arbeit ist der beste Schutz vor sozialer Ausgrenzung und Armut. Arbeitslosigkeit ist eine Vergeudung von Wissen. Und nicht zuletzt wird auch die Leistungsfähigkeit der Menschen beeinträchtigt. Denn: Arbeitsmarktpolitik, welche Arbeitslose zwingt jeden Job anzunehmen, auch wenn dies ihren Qualifikationen gar nicht entspricht, beeinträchtigt deren Produktivität. So haben das schwache Wachstum in Europa, moderate Lohnentwicklungen, die Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse und unzureichende Investitionen in Bildung und Weiterbildung, Forschung und Entwicklung die europäische Arbeitsproduktivität verschlechtert.

## 1.3. Strukturreform Lohndifferenzierung

*Lohnzurück-  
haltung hat v. a.  
Unternehmen  
genützt, aber  
kaum neue  
Arbeitsplätze  
geschaffen*

Das Politikrezept – mehr Wirtschaftstätigkeit durch niedrige und unterschiedliche Löhne – war auch nicht erfolgreich. Im Gegenteil: Die Binnennachfrage, d. h. der Konsum, wurde in Europa stark gedämpft. Die Empirie sagt Folgendes: Seit Anfang der 90er Jahre sind die Reallöhne in der EU deutlich hinter der Produktivität zurückgeblieben. Das führte zu einem Sinken der realen Lohnstückkosten und einer höheren Gewinnentwicklung für europäische Unternehmen. Doch der Konsum in Europa brach ein und es folgten keine Investitionen. Obwohl den europäischen Unternehmen höhere Gewinne für Investitionen zur Verfügung standen, wurde weniger investiert als in den USA. Investitionen sind im genannten Zeitraum in den USA um das Dreifache gegenüber der EU gestiegen. Die Lohnzurückhaltung hat auch nicht zu den erwarteten Beschäftigungseffekten geführt: In der EU stieg die Beschäftigung zwischen 1991 und 2002 nur um 5,8 %, in den USA jedoch um 16,6 %. Fazit: Private Investitionen hängen nicht nur von Profitmargen, sondern auch von der Marktaussicht auf zukünftige Gewinne ab. Wenn die Kaufkraft nicht stimmt, dann investieren sie nicht.

#### 1.4. Die Armutsspirale dreht sich

Das Armutsrisiko in Europa liegt heute schon bei 15 % der Bevölkerung. Der Sparzwang in Europa verschärft diese Situation. Wenn die Politik sich nicht ändert, könnte die Armut bald ein Viertel der europäischen Bevölkerung betreffen, in den mittel- und osteuropäischen Ländern sogar noch mehr.

*Armutsrisiko in  
Europa bei 15 %*

#### 1.5. Frauen und Randgruppen sind besonders betroffen

In beiden Verfahren – Grundzüge der Wirtschaftspolitik und die beschäftigungspolitische Leitlinien – liegt ein Schwerpunkt auf der Verbesserung der Situation von Frauen am Arbeitsmarkt.

Dennoch ist die Arbeitslosigkeit bei Frauen nach wie vor höher, das Armutsrisiko größer, die Beschäftigungsquote niedriger und last but not least das Einkommen schwächer als bei Männern.

*Frauen mehrfach  
benachteiligt*

Die Frauenbeschäftigung ist in den letzten Jahren zwar gestiegen, jedoch mit einer Zunahme der Teilzeitarbeit. So zeigt ein Vergleich, dass sich die Beschäftigungsquoten von Frauen in den Jahren 1995 bis 2001 von 49,7 % auf 55 % erhöht haben, die Vollzeitäquivalente im selben Zeitraum jedoch nicht in gleichem Ausmaß von 42,2 % auf 46 %. Ein Unterschied, der bei den Männern fast kaum zu sehen ist, liegt doch deren Vollzeitäquivalent mit 71,3 % nur knapp unter deren Beschäftigungsquote von 73,1 % im Jahr 2001 (Europäische Kommission 2002).

Gerade Frauen, die oftmals in prekären Beschäftigungsverhältnissen und nachfragesensiblen Branchen (Dienstleistungen) arbeiten, profitieren besonders von einer beschäftigungsfreundlichen Wirtschaftspolitik. Gerade für die Sicherheit und Qualität von Arbeitsplätzen, aber auch für die Möglichkeit, Ausgrenzung am Arbeitsmarkt zu überwinden, sind konjunkturbelebende Maßnahmen notwendig.

Betriebliche Tarifpolitik diskriminiert Frauen – die Individualisierung bei der Entgeltzahlung vergrößert sich und führt zur Lohnungleichheit zwischen den Beschäftigten.

## **2. Arbeitslosigkeit in Europa ist hauptsächlich konjunkturell bedingt**

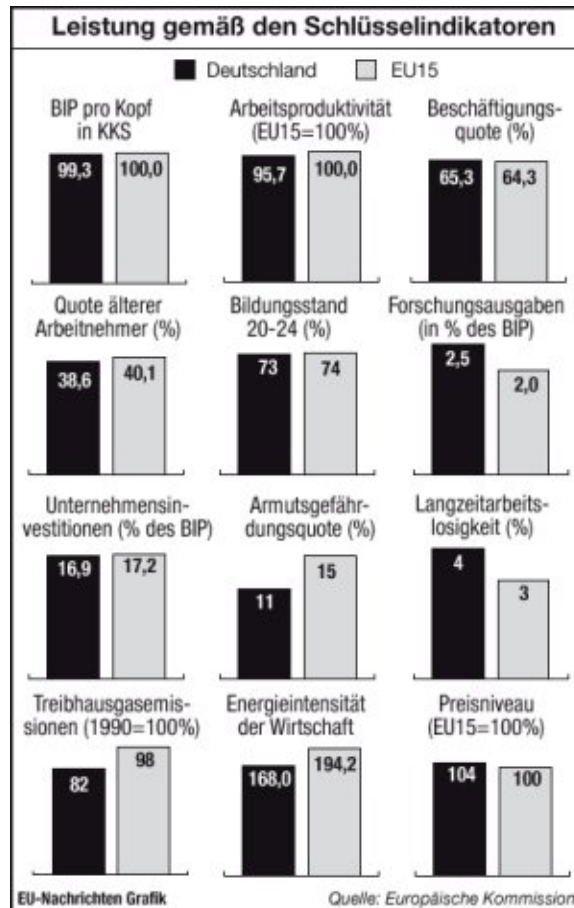
Seit über 25 Jahren besteht das zentrale Beschäftigungsproblem in Europa darin, dass das Arbeitsvolumen erheblich hinter der Nachfrage nach Arbeit zurückbleibt.

In Deutschland hat sich dieses Problem von Wirtschaftsflaute zu Wirtschaftsflaute aufgebaut. In den anschließenden Aufschwungsphasen konnte der aufgebaute Arbeitslosigkeitssockel nur geringfügig abgebaut werden.

Seit Mitte des Jahres 2001 befindet sich die deutsche Wirtschaft erneut in einer Krisenphase, in deren Folge die Arbeitslosigkeit auf über 4,4 Millionen registrierte Erwerbslose anstieg. Einschließlich der Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und der „stillen Reserve“ von Personen, die an einer Erwerbstätigkeit interessiert sind, aber nicht als arbeitslos gemeldet sind, beläuft sich die Arbeitsplatzlücke auf über 6 Millionen Menschen.

## 2.1. Was wäre notwendig?

Abbildung 1:



Quelle: »EU-Nachrichten« Nr. 4 vom 29.01.2004 der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland

Die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen und allen erwerbsfähigen Männern und Frauen Beschäftigung zu bieten ist nicht möglich ohne eine deutliche Erhöhung der Beschäftigungsquote, also des Anteils der tatsächlich Erwerbs-

*Ziel von Lissabon* tätigen an den erwerbsfähigen Personen. Das Ziel von Lissabon will in der Europäischen Union eine Beschäftigungsquote von 70 Prozent, bei Frauen von 60 Prozent und bei den 55- bis 64-Jährigen von 50 Prozent erreichen. In Deutschland liegt die Beschäftigungsquote im Jahr 2004 bei 65,3 Prozent, die der Frauen bei 57,7 Prozent, die der Älteren bei 38,6 Prozent.

Die Herstellung einer Beschäftigungsquote von 70 Prozent in Deutschland erfordert eine Steigerung der Beschäftigung um 3 Millionen, zur Herstellung der Vollbeschäftigung wären etwa 2 Millionen weitere Arbeitsplätze notwendig. Dabei müssen die Beschäftigungsmöglichkeiten für Ältere und für Frauen mit Kindern verbessert werden.

*Wirklichkeitsbezogenheit des Rentenkonzepts*

Mehr Druck auf Arbeitslose oder gar „Aktivierung“ durch die Drohung mit dem Entzug sozialer Leistungen und eine Heraufsetzung der Altersgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung lösen kein Problem und verschlechtern die Lage der Betroffenen. Denn wie wirklichkeitsbezogen ist denn ein Rentenkonzept, das als Lösung eine Heraufsetzung des Rentenalters von 65 auf 67 vorschlägt, wenn 60 % der Betriebe keinen Arbeitnehmer mehr beschäftigen, der älter ist als 50?

*Steigerung der Arbeitskräftenachfrage durch höheres Wachstum erforderlich*

Notwendig sind eine Steigerung der Arbeitskräftenachfrage durch ein höheres Wachstum, eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Qualifizierungsangebote (auch lebenslanges Lernen). Auch Altersteilzeit und Arbeitszeitverkürzungsmodelle können einen Beitrag zur Bewältigung der Beschäftigungsprobleme leisten. Denn das gegebene Arbeitsvolumen wird auf mehr Köpfe verteilt.

## 2.2. Der Sparzwang verschärft das Problem

*derzeitiger Stabilitäts- und Wachstumspakt ist kontraproduktiv*

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt entpuppte sich in den letzten Jahren als zentrales Wachstums- und Beschäftigungshindernis im Euroland. Der Pakt nahm der nationalen Finanzpolitik durch das mittelfristige Ziel eines nahezu ausgeglichenen Haushalts (0,5 % Defizitquote) jeglichen Handlungsspiel-



raum. In konjunkturellen Abschwungsphasen ist es nicht mehr möglich, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stärken und Beschäftigung zu stabilisieren. Das führte in der Bundesrepublik zu einem historischen Tiefstand der öffentlichen Investitionen von 1,6 % am Bruttosozialprodukt. Der Rückgang der öffentlichen Investitionen trägt zur chronischen Wachstumschwäche Deutschlands bei und beschädigt durch Rückgang der Ausgaben an Bildung, Forschung und Infrastruktur die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

*BRD: Rückgang bei öffentlichen Investitionen trägt zur chronischen Wachstumschwäche bei*

In der derzeitigen Wirtschaftslage, die von einer Unterauslastung der Produktionskapazitäten und geringer Inflationsgefahr gekennzeichnet ist, ist es in der Wirtschaftspolitik nicht sinnvoll, weiterhin den Schwerpunkt auf Preisstabilität und Strukturreformen zu legen. Interessanterweise weist die OECD in ihrem Wirtschaftsbericht vom Dezember 2003 darauf hin, dass der Auslastungsgrad von Großbritannien, Schweden und Dänemark (also Nicht-Euro-Ländern) größer ist als im Euroland.

*Nicht-Euro-Länder durch mehr Flexibilität erfolgreicher*

Dies hat einerseits mit der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zu tun, andererseits aber auch mit der Fiskalpolitik in den einzelnen Ländern. Während die Wirtschaftspolitik in den Nicht-Euro-Ländern erhebliche antizyklische Impulse, d. h. auf Neuverschuldung, setzte, versuchten Deutschland und die anderen Euroländer die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes einzuhalten.

Alle europäischen Länder, denen es in den vergangenen Jahren gelang, die Staatsverschuldung zu senken, haben das nicht primär durch Sparen geschafft, sondern durch hohes Wirtschaftswachstum. Dadurch stiegen die Steuereinnahmen. Die britische Regierung etwa überwand Anfang der neunziger Jahre eine schwere Wirtschaftskrise, indem sie die Haushaltskonsolidierung hintanstellte.

*Senkung der Staatsverschuldung durch hohes Wirtschaftswachstum*

Die Sparpolitik in Europa und insbesondere in Deutschland führte vor allem in den Bereichen Gesundheit und Rente zu

massiven Einsparungen bzw. zur Umgestaltung der Systeme. Politisch ist es leicht erklärbar, dass Ausgaben insbesondere dort zurückgenommen werden, wo die jeweilige „Lobby“ am schwächsten ist. Gerade was staatliche Leistungen betrifft, so sind Frauen und Randgruppen aber in weit höherem Ausmaß als Männer von deren Bereitstellung abhängig. Verbunden mit dem Rückzug des Staates aus wesentlichen Versorgungsbereichen führt dies zu einer Verschlechterung der sozialen Situation breiter Bevölkerungskreise.

### **3. Eine andere Wirtschaftspolitik in Europa ist möglich**

Gerade vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung brauchen wir eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik, welche die Angebots- und Nachfrageseite in gleicher Weise berücksichtigt und die soziale Frage wieder in das Zentrum der Politik stellt.

#### **3.1. Waren die Maastricht-Kriterien ökonomisch sinnvoll?**

*Kriterien  
willkürlich  
gesetzt*

Die Debatte über die Architektur der Europäischen Währungsunion in den 80er und Anfang der 90er Jahre war durch einen breiten Konsens für eine Hartwährungspolitik gekennzeichnet. Die Maastricht-Kriterien und die Ausgestaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes waren jedoch nicht das Ergebnis einer intensiv geführten wirtschaftswissenschaftlichen Debatte. Diese Kriterien sind vielmehr willkürlich gesetzt. Sie waren eine psychologische Reaktion auf die Ängste der Finanzmärkte, dass die Währungsunion zu Inflationstendenzen führen könnte. Die Angst beruhte vor allem auf der Auffassung, dass Budgetdefizite die Hauptursache für Inflation seien (z. B. hoher Schuldenstand Italiens). Dementsprechend richtete die Europäische Zentralbank ihre Politik fast ausschließlich auf das Ziel der Geldwertstabilität aus, bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sah sie keinerlei Aufgabe für sich. So ist aus ihrer Sicht die Arbeitslosigkeit in erster Linie die Folge von strukturellen Faktoren, z. B. verkrusteten Arbeitsmärkten oder Insider-Kartellen der Gewerkschaften.

Der Würzburger Wirtschaftswissenschaftler Peter Bofinger stellte in einem Papier für den Währungspolitischen Ausschuss des Europäischen Parlaments Folgendes fest:

1. Im Zeitraum von 1999 bis 2002 (vier Jahre Europäische Währungsunion) lässt sich kein Zusammenhang zwischen der Entwicklung nationaler Budgetdefizite und den nationalen Inflationsraten nachweisen. Im Gegenteil: Länder mit vergleichsweise hohen Budgetdefiziten (z.B. Deutschland und Frankreich) hatten relativ niedrige Inflationsraten.
2. Unterschiede in den Budgetdefiziten sind verursacht durch unterschiedliche Wachstumsraten in den Mitgliedsländern. Die meisten Länder mit Problemen beim Budgetdefizit hatten ein unterdurchschnittliches Wachstum ihres Bruttoinlandsproduktes – darüber hinaus sind die Ausgaben des öffentlichen Sektors kaum angestiegen und deutlich hinter dem EU-Durchschnitt zurückgeblieben.
3. Für die Begrenzung zu hoher Inflation auf nationaler Ebene wäre es daher wichtig zu prüfen, ob die Zielinflationsrate der EZB um mehr als einen Prozentpunkt überschritten wird. Das nennt man Inflation Monitoring. Dieses Verfahren wird unter anderem von der Bank of England verfolgt. Bei diesen Stabilitätssündern ist dann zu prüfen, ob sie an einer konjunkturellen Überhitzung leiden. Dabei könnte die Frage gestellt werden, ob hierfür eine zu expansive Fiskalpolitik verantwortlich ist. Für Deutschland und seine Wachstumsschwäche muss jedenfalls eine höhere Neuverschuldung möglich sein – die Inflationsentwicklung macht es möglich. Im Februar betrug der Anstieg der Verbraucherpreise in Deutschland gegenüber dem Vorjahr nur noch 0,8 %. Die Erzeugerpreise gingen sogar um 0,1 % zurück, was die chronische Nachfrageschwäche in Deutschland zum Ausdruck bringt.

### **3.2. Nachhaltige Wirtschaftspolitik ist ...**

Erfolgreich kann eine Neuordnung der Wirtschaftspolitik nur sein, wenn die Europäische Zentralbank einen veränderten

*Budgetdefizit darf  
nicht isoliert  
gesehen werden*

*„Inflation  
Targeting“*

Kurs mit ihrer Geldpolitik aktiv begleitet und der Stabilitätspakt flexibler wird. Künftig darf nicht das Budgetdefizit isoliert im Zentrum der Wirtschafts- und Finanzpolitik stehen, sondern es muss ein Zielkorridor der Inflationsentwicklung in der EU vereinbart und vorgegeben werden – d. h. Inflation Targeting. Ein Land müsste dann einen makroökonomischen Mix von Politikstrategien (z. B. Ausgabenkürzungen der öffentlichen Hand bei sehr starkem Wirtschaftswachstum bzw. Ausgaben-erhöhung bei Wirtschaftsabschwung) entwickeln, der die Inflation im gewünschten Zielkorridor hält. Das könnte dadurch geschehen, dass die EZB verpflichtet wird, ein mittelfristiges Inflationsziel zu formulieren und Abweichungen der aktuellen Inflationsrate von diesem Ziel zu begründen. Außerdem muss die EZB vor demokratisch legitimierten Institutionen, wie dem Europäischen Parlament, in öffentlicher Sitzung über ihre Politik Rechenschaft ablegen. Vorteil dieses Inflation Targeting: Sowohl Preisentwicklung als auch realwirtschaftliche Entwicklungen (z. B. Produktion und Beschäftigung) werden gleichrangig beobachtet und bewertet. Die Verbindlichkeit eines Budgetdefizits von drei Prozent könnte mit dieser Politik abgeschafft werden, was der makroökonomischen Steuerung des Euroraumes mehr entsprechen würde. Dieses flexible Inflation Targeting ist übliche Praxis der Central Bank Neuseelands, Großbritanniens und der Riksbank von Norwegen. Ein angemessenes Inflationsziel wäre nach der Expertise zahlreicher europäischer Ökonomen: ein bis vier Prozent Preissteigerungsrate mit einem Mittelwert von 2,5 Prozent.

### **3.3. Ist Stabilitätspolitik nichts mehr wert?**

Eine neue Strategie der Haushaltskonsolidierung bedeutet keine Abkehr vom Stabilitäts- und Wachstumspakt. Es geht darum, eine Ausweitung der öffentlichen Verschuldung nachhaltig einzudämmen, ohne jedoch konjunkturelle Schwächephasen zusätzlich zu verstärken. Die Regierungen müssten sich verpflichten, im Aufschwung Ausgabendisziplin walten zu lassen und Defizite abzubauen. Im Abschwung muss aller-

dings eine Verschiebung des Defizitabbaus möglich sein. Das Argument, dies enttäusche die Finanzmärkte, greift zu kurz, denn nichts enttäuscht die Finanzmärkte mehr als eine stagnierende Wirtschaft.

Eine Möglichkeit, Haushaltskonsolidierung nicht zu Lasten öffentlicher Investitionen zu betreiben, besteht darin, Ausgaben für Investitionen bei der Berechnung des staatlichen Haushaltsdefizits auszuklammern – so wie dies die USA praktizieren. Die Europäische Kommission hat für einige Mitgliedstaaten die Ausklammerung öffentlicher Investitionen von hoher Qualität aus der Defizitberechnung in Aussicht gestellt. Sie meint damit Investitionen zur Modernisierung der Volkswirtschaft, z. B. Bildung und FuE. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU sollte unverzüglich in diesem Sinne geändert werden.

*Ausklammerung  
von öffentlichen  
Investitionen*

Eine konjunkturgerechte Konsolidierung müsste eine Verstärkung jener Ausgaben zum Ziel haben, die keinem konjunkturellen Einfluss unterliegen, z. B. Personalkosten und öffentliche Investitionen. Ausgaben dagegen, die von der Höhe der Arbeitslosigkeit abhängig sind, wie z. B. die Arbeitslosenunterstützung, müssen entsprechend der Wirtschaftsentwicklung schwanken können. Die Einnahmenseite des Staates ist so zu gestalten, dass die öffentlichen Haushalte auf mittlere Frist ausgeglichen sind.

*öffentliche  
Haushalte sollen  
auf mittlere Frist  
ausgeglichen  
sein*

Dazu gehört natürlich auch, dass der Steuersenkungswettlauf zwischen den Mitgliedstaaten der EU zu Lasten der öffentlichen Haushalte unterbunden wird. Dazu benötigen wir eine europäische Mindestbesteuerung, vor allem für Kapital und Unternehmen, sowie ein Schließen der Steueroasen in Europa.

*Steuersenkungs-  
wettlauf*

### **3.4. Ein Sozialpakt in Europa?**

Zu überlegen wäre auch, Mindestsätze für Sozialleistungsquoten einzuführen. Liegt die Sozialleistungsquote im Durchschnitt bei 25 % in Europa, ist zu überlegen, einen Mindestsatz

*Mindestsätze  
für Sozial-  
leistungsquoten*

*„Europa darf nicht im Standortwettbewerb untergehen“*

von 20 bis 25 % Sozialleistung vom BIP des Mitgliedstaates einzuführen, unter den die Mitgliedsländer nicht gehen dürfen. Wenn ein Mitgliedsland diesen Verhaltenskodex bricht, könnten Struktur- und Sozialfondsgelder zurückgezogen werden. Denn Europa darf nicht im Standortwettbewerb untergehen. Europa ist leider noch immer in erster Linie eine Wirtschaftsgemeinschaft; Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital sollten sich in Europa genauso frei bewegen können wie in einem Land. Aber all das, was den nationalen Wohlfahrtsstaat auszeichnet – individuelle Leistungsansprüche, direkte Steuern und Sozialabgaben und eine Wohlfahrtsbürokratie –, fehlt in Europa.

*koordinierter Impuls öffentlicher Investitionen*

Europa benötigt dringend einen koordinierten Impuls öffentlicher Investitionen in Höhe von mindestens einem Prozent des europäischen Bruttoinlandsproduktes. Ein wesentlicher Anteil könnte in die Transeuropäischen Netze zur Verbesserung der Handels- und Kommunikationswege mit Mittel- und Osteuropa fließen.

Zurzeit ist es allerdings so, dass die einzelnen politischen Akteure keine Überlegungen über ihr Handeln anstellen. So erhöht die Europäische Zentralbank völlig unabhängig die Zinsen, ob dies nun sinnvoll für Beschäftigung und Wachstum ist oder nicht. In der Budgetpolitik gibt es starre und unflexible Regeln für Ausgabenbegrenzungen. Als Folge der Fixierung auf den Stabilitätspakt ist die EU hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt und nicht in der Lage, sich im Prozess der Globalisierung zu positionieren.

Dies hatte negative Auswirkungen auf die Beschäftigung. In der EU-15 sind derzeit etwa 13 Millionen Menschen arbeitslos.

Europa braucht eine Währungspolitik, die zu einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Preisstabilität, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung führt. Ziel soll nicht nur die Stabilität des Geldwertes, sondern auch die Stabilität des Wachstums, der Beschäftigung und des sozialen Zusammenhalts sein. Wäh-

rungspolitik kann somit nicht isoliert betrachtet werden, sondern muss mit anderen Politikbereichen abgestimmt sein. Das setzt einen offenen Dialog aller politisch Verantwortlichen voraus.

Ein europäischer Sozialpakt geht alle an.

### 3.5. Kann Wettbewerbsfähigkeit sozial gestaltet werden?

Die Lissabon-Strategie beinhaltet auch den Aufbau eines europäischen Forschungs- und Bildungsraums. Den Arbeitnehmern sollte der Übergang in die wissensbasierte Gesellschaft erleichtert werden. Doch das Barcelona-Ziel, wonach jährlich 3 % des BIP jedes Mitgliedstaates in Forschung und Entwicklung investiert werden, wird nicht erreicht, wenn die Mitgliedstaaten, wie Deutschland, ihr Postulat alleine an die Wirtschaft richten. Auch die öffentlichen FuE-Ausgaben müssen erhöht werden. Deutlich wird dies daran, dass die deutschen Bruttoausgaben für FuE im Jahr 2002 noch unter dem Stand von 1985 lagen.

*FuE-Ausgaben*

Innovation muss darüber hinaus noch mehr beinhalten als nur die Einführung eines Gemeinschaftspatentes und einer Neuheitschonfrist. Industriepolitik ist in Deutschland seit Jahrzehnten selbstverständlich. Gerade mit dem zunehmenden Gewicht von Dienstleistungen für unsere wirtschaftliche und soziale Entwicklung muss die gezielte Förderung von Dienstleistungen verstärkt werden.

Wenn Europa in der Innovationsdebatte jedoch den Schwerpunkt auf Technisierung und Rationalisierung legt, dann ist das zu kurz gesprungen und wird dem ökonomischen wie sozialen Gewicht der Dienstleistungen in unserer Gesellschaft nicht gerecht. Es ist dringend erforderlich eine eigenständige Dienstleistungspolitik zu entwickeln.

*eigenständige  
Dienstleistungs-  
politik  
entwickeln*

In diesem Zusammenhang ist es völlig kontraproduktiv, von qualifizierten öffentlichen Dienstleistungen das Zerrbild des

Steuerfressers und bürokratischen Monsters zu entwerfen und gerade soziale, personen- und konsumbezogene Dienstleistungen nur als billige Lohnpuffer für den Arbeitsmarkt zu propagieren.

In Deutschland und Europa muss ein leistungsfähiges Dienstleistungsangebot entstehen – als vernünftiger Mix aus öffentlichen und privaten Dienstleistungen. Das kann kein Nebenprodukt der Industriegesellschaft, sondern muss in Zukunft eine ihrer Voraussetzungen und eine ihrer wichtigsten Entwicklungschancen werden.

*Investitionen in  
Qualifizierung  
menschlicher  
Fähigkeiten*

In der wirtschaftlichen Förderung muss daher mehr Augenmerk auf die eigenständige Entwicklung von neuen Beschäftigungsfeldern der Dienstleistungswirtschaft gelegt werden. Es ist auffällig, dass selbst auf dem allseits beschworenen Weg in die Wissensgesellschaft die Investitionen in Qualifizierung menschlicher Fähigkeiten noch immer ein Schattendasein führen, verglichen mit der Unterstützung, welche die Hardware genießt. Es ist bemerkenswert, dass das Zukunftspotenzial im Bereich sozialer und personenbezogener Dienste kaum eine Entsprechung in der Investitionsförderung findet.

*ungerechte  
Bewertung  
der Arbeit*

Dabei ist es eine wesentliche Voraussetzung, dass Beschäftigungschancen in neuen Dienstleistungsfeldern existenzsichernde Einkommen und soziale Sicherheit bieten. Als Voraussetzung dafür muss die ungerechte Bewertung von qualifizierten und anspruchsvollen Tätigkeiten in sozialen und personenbezogenen Diensten korrigiert werden. Es ist ein gesellschaftlicher Missstand, dass die Wartung des Familienwagens ganz selbstverständlich zu einem Facharbeiterlohn gezahlt wird, während bei der Altenpflege das osteuropäische Lohnniveau als normal empfunden und ein Facharbeiterlohn für völlig unerreichbar gehalten wird.

Es ist dringend erforderlich, gerade für die neuen Dienstleistungsbereiche und die veränderten Formen der Arbeit angemessene Regulierungen zu finden. Das wird uns sehr er-



schwert, wenn, wie das jetzt aus der Politik geschieht, die Tarifautonomie in Frage gestellt wird. Die Konsequenz: Verlust an Anpassungs- und Innovationstempo.

Die europäische und deutsche Forschungspolitik muss endlich ungeklärte Fragen der Dienstleistungsinnovation sowie der Zukunft der Dienstleistungsarbeit aufarbeiten. Dabei darf es allerdings nicht nur um Deregulierungs- und Wettbewerbsansätze gehen.

Gerade Dienstleistungsentwicklung und -innovation ist unmittelbar an Menschen gebunden, selbst wenn sie über weitreichende Kommunikationsmöglichkeiten verfügen und sich ihre Leistung in einem klassischen Industrieprodukt niederschlägt. Ob Ingenieur und Beratungsarbeit, ob soziale oder Verwaltungsdienste oder kulturelle Produktion. Wenn sich hier etwas bewegen soll, dann kommt es zuallererst auf die Menschen in Betrieben und Verwaltungen an. Sie brauchen mehr Spielräume für Kreativität, Qualifikation, Wissen, Lernfähigkeit und Arbeitsorganisation. Hier geht es vor allem um Selbstständigkeit, Selbstbestimmung und Beteiligungsrechte.

### 3.6. Fazit

Nicht die Wachstumsfähigkeit einer Wirtschaft schafft mehr und bessere Arbeitsplätze, sondern nur das tatsächlich realisierte Wachstum.

*nicht  
Wachstums-  
fähigkeit,  
sondern  
realisiertes  
Wachstum  
schafft Arbeit*

Nur mit einer erkennbaren Neuausrichtung der Politik kann das Vertrauen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zurückgewonnen werden! Nur dann lässt sich das Verbrauchervertrauen stärken, das dringend für einen binnenmarktgestützten Wirtschaftsaufschwung benötigt wird. Damit könnte die enorme europäische Sparquote von 3,8 % des BIP für Investitionen und Konsum freigesetzt werden.

Unser Ziel muss es sein, Europa als Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig aufzubauen. Das erfordert die Überwindung der

Wachstumsschwäche. Und gleichzeitig müssen wir die sozialen Werte gegen die Deregulierungsstrategien liberaler und konservativer Parteien verteidigen. Erst dann werden sich die Bürgerinnen und Bürger in Europa wirklich zuhause fühlen. Denn die soziale Frage bestimmt die Zukunft Europas und nicht eine Polarisierung zwischen Gewinnern und Verlierern eines freien Spiels des Marktes.

**Literatur:**

- Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 25./26. März 2004 in Brüssel
- Schlussfolgerungen der Liste der Strukturindikatoren und Synthesebericht der Europäischen Kommission, Brüssel 2003
- Hintergrundpapier des Europäischen Gewerkschaftsbundes zum Frühjahrsgipfel 2004
- Beschäftigungsbericht der Europäischen Kommission, Brüssel 2003
- Hintergrundpapiere des Währungspolitischen Ausschusses des Europäischen Parlaments, Brüssel 2002 und 2003

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

# WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:\* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)  
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00  
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(\* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at))

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at).



## BESTELLSCHEIN\*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

\* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

Name \_\_\_\_\_

Institution/Firma \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Plz/Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

### BESTELLADRESSE:

ISW  
Weingartshofstr. 10, A-4020 Linz  
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21  
Fax ++43/732/66 92 73-28 89  
E-Mail: [wiso@ak-ooe.at](mailto:wiso@ak-ooe.at)  
Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)